

Stellungnahme zum Vergleich im Verfahren um einstweilige Verfügung

Unser Unternehmen hat immer gesagt, dass es ihm um die Einhaltung von Verträgen und den Ausgleich des durch das Land NRW erlittenen Schadens geht. Es geht und ging Klausner nie um die Benachteiligung des Wettbewerbs oder die Veränderung der Strukturen im Markt und auf keinen Fall um eine Ausplünderung der Wälder. Diesbezügliche Äußerungen des Ministers und Dritter sind gegen besseres Wissen erfolgt und waren schäbig, weil man damit versucht hat, Recht durch Stimmungsmache auszuhebeln. Dies war nicht zuletzt auch der Grund, weshalb Klausner dem Vergleich zugestimmt hat. Es war unser Unternehmen, das immer das Gespräch gesucht hatte, leider ohne Erfolg. Das Land NRW hat im erzielten Vergleich zugesichert, nunmehr in einem ersten Schritt 195.000 Festmeter zur Lieferung an Klausner zu reservieren. Damit haben wir unser kurzfristiges Ziel erreicht. Das Land war dabei, sich in eine Lage zu manövrieren, dass es nicht einmal diese Verpflichtung hätte einhalten können. Das wurde nun verhindert. Das Ziel, vom Land NRW vollständigen Ausgleich für die uns zugefügten wirtschaftlichen Nachteile zu erhalten und die Vertragserfüllung zu erreichen, ist dadurch nicht berührt. Alle diesbezüglichen Gerichtsverfahren sind eindeutig zugunsten unseres Unternehmens entschieden worden.

Es ist bemerkenswert, dass sich das Land NRW nun hinter eilig konstruierten Rechtsbedenken bezüglich der EU-Gesetzgebung versteckt. Diese hilflose Argumentation würde bedeuten, dass die Verträge, die nach Kyrill mit unserem Unternehmen und einer Vielzahl anderer Sägebetriebe geschlossen wurden, von leitenden Beamten des Landes in dem Wissen geschlossen wurden, Rechtsbruch zu begehen - ein bemerkenswertes Verhalten eines Bundeslandes.

Angesichts der irreführenden und von wenig Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit zeugenden Äußerungen von Interessengruppen unterstreichen wir nochmals, dass dem Land NRW die Möglichkeit offensteht, Holz am internationalen Markt zu erwerben und an uns zu den vertraglich vereinbarten Konditionen zu liefern. Es geht also keinesfalls um eine "Ausplünderung" der NRW-Wälder. Dies wollen auch wir nicht, da wir uns der Nachhaltigkeit verpflichtet sehen.

Unser Unternehmen wird sich weiter gegen die ihm zugefügten Nachteile wehren. Nach wie vor bleibt Klausner für konstruktive Gespräche offen.